

Ursachen des wirtschaftlichen Wachstums

I

Die Ursachen des wirtschaftlichen Wachstums, die in dieser Zeitschrift wiederholt behandelt worden sind, werden heute als ein politisches Problem von erstrangiger Bedeutung angesehen. Es ist deshalb nicht überraschend, daß die *Europäische Wirtschaftskommission* (ECE), deren Sekretariat in Genf domiziliert ist, im März dieses Jahres eine internationale Tagung über die theoretischen Aspekte des wirtschaftlichen Wachstums veranstaltet hat, an welcher Vertreter westlicher sowie östlicher Staaten teilgenommen haben. Auch der Autor dieses Artikels nahm als Mitglied der österreichischen Delegation an der Genfer Tagung teil¹⁾.

Wir müssen uns bei der oft diskutierten Frage, warum das Phänomen des wirtschaftlichen Wachstums in der Nachkriegszeit in den Rang eines „Politikums“ erhoben worden ist, nicht lange aufhalten. Das vom Osten offen angestrebte Ziel des „Einholens und Überholens“ der industriell führenden Länder des Westens hat begreiflicherweise gewisse Abwehrreaktionen unter diesen ausgelöst. Man hat auch im Westen versucht, mit zeitlich sowie örtlich recht verschiedenem Resultat, das Wachstumstempo der Marktwirtschaft zu beschleunigen. Diese — insbesondere in den letzten Jahren mit großer Klarheit formulierte — Zielsetzung der westlichen Wirtschaftspolitik hat auf das wirtschaftspolitische Denken im Westen ungemein befruchtend gewirkt.

Aber selbst wenn wir für einen Augenblick von dem wirtschaftlichen Wettlauf zwischen West und Ost absehen, verbleiben weite Teile der Welt, in denen die Frage des wirtschaftlichen Wachstumstempos schon in Anbetracht der in diesen Gebieten hohen Bevölkerungszunahme — und wir denken in diesem Zusammenhang insbesondere an Länder wie Indien, Indonesien, die Vereinigte Arabische Republik, die neuen afrikanischen Gemeinwesen usw. — im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht. Die rasche Entfaltung der Wirtschaft dieser Länder muß buchstäblich, wenigstens im gegenwärtigen Zeitpunkt, als eine Frage der biologischen Erhaltung der dort lebenden menschlichen Bevölkerung gelten²⁾.

Es ist daher kaum verwunderlich, daß ein großer Teil der heutigen „Wachstumsliteratur“ sich mit den Wachstumsproblemen der sogenannten „unterentwickelten“ Gebiete unserer Welt beschäftigt. Und es ist fast überflüssig, hinzuzufügen, daß westliche und östliche Wirtschaftsexperten sehr verschiedene Rezepte für die Überwindung der Rückständigkeit dieser Erdteile ausgearbeitet haben. Westliche Theoretiker sind der Ansicht, daß eine mehr oder minder modifizierte Form des Kapitalismus westlicher Prä-

1) Für die in diesem Artikel vertretenen Auffassungen ist selbstverständlich nur der Autor verantwortlich.

2) Das soll natürlich nicht heißen, daß wir es hier mit einem „Malthusianismen“ Problem zu tun haben. Das Phänomen der raschen Bevölkerungsvermehrung eröffnet keineswegs jene gespenstischen Perspektiven, die von Malthus und den heutigen Neo-Malthusianern so gerne an die Wand gemalt werden. Es mag vielleicht nicht überflüssig sein, eine Autorität wie Colin Clark an dieser Stelle zu Wort kommen zu lassen: „Das Gesetz vom abnehmenden Ertrag besagt . . . daß der Ertrag je Kopf — bei steigendem Gesamtertrag — abnehmen muß, wenn man eine zunehmende Zahl von Menschen auf einer beschränkten Ackerfläche zum Einsatz bringt. Aber selbst wenn man das Gesetz in dieser Weise formuliert, ist es nur unter besonderen Bedingungen zutreffend. Man muß schon recht geringe Erfahrungen besitzen, wenn man kein Beispiel zu nennen vermag, welches zeigt, daß eine dicht besiedelte Gegend höhere Je-Kopf-Erträge abzuwerfen vermag als eine weniger dicht besiedelte Gegend. Das Gesetz vom abnehmenden Ertrag kann nur dann als ein Gesetz — in irgendeinem Sinn dieses Wortes — bezeichnet werden, wenn zwei weitere Bedingungen erfüllt werden: Erstens, daß die Einwohner der dichter besiedelten Gegenden keine anderen Kultivierungsmethoden verwenden als jene der weniger dicht besiedelten Gegenden und zweitens, daß sie nicht mehr Kapital je Kopf aufbringen . . .“. Colin Clark setzt dann weiter fort: „Der größte Teil der Welt wird weit unter dem möglichen Bevölkerungspotential besiedelt. Die gesamte kultivierbare Fläche der Welt . . . beträgt 24 Millionen Quadratmeilen; nimmt man dänische Produktions- und Konsumtionsstandards als allgemein gegeben, so könnte diese Fläche 12 Milliarden Menschen erhalten, während sie heute nur 2,3 Milliarden ernährt.“ Colin Clark, „Population Growth and Living Standards“, *International Labour Review*, August 1953. In einem Artikel, den Clark in jüngster Zeit publiziert hat, kommt er zu einer noch wesentlich günstigeren Einschätzung der bestehenden Lage: „Wenn alles wirtschaftlich nutzbare Land der Erde auf diese Weise (das heißt auf holländische Weise — E. M.) kultiviert würde — und unter der Annahme, daß alle Welt so gut ißt wie heute nur die reichsten Länder —, wäre eine Ernährungsbasis für 28 Milliarden Menschen, d. h. das Zehnfache der heutigen Weltbevölkerung, gegeben.“ Colin Clark, „Darf die Weltbevölkerung wachsen.“, *Der Monat*, Februar 1961, S. 58.

gung die beste Grundlage für die rasche Entfaltung der Produktivkräfte in den Entwicklungsgebieten sei; östliche Theoretiker hingegen empfehlen den unterentwickelten Gebieten das sowjetische Wirtschaftsmodell (oder eine den Umständen entsprechende veränderte Abart davon) zur dringenden Nachahmung. West sowie Ost sind sich jedoch in der Auffassung einig, daß die großen wirtschaftlich rückständigen Regionen unserer Welt die finanzielle und technische Hilfe der industriell führenden Länder dringend benötigen, um eine ihrer Bevölkerungszunahme angemessene wirtschaftliche Wachstumsrate zu erreichen.

Auch die Frage, wie man wirtschaftliches Wachstum am besten messen kann, soll hier nur im Vorbeigehen erwähnt werden. Im großen und ganzen vertreten alle Wirtschaftsexperten die Ansicht, daß das Nationaleinkommen je Kopf ein annehmbarer Maßstab für die Berechnung des wirtschaftlichen Fortschritts sei³⁾. Die Methoden der Nationaleinkommensrechnung sind wohl in Ost und West recht verschieden, und deshalb sind auch Vergleiche zwischen dem Je-Kopf-Einkommen der verschiedenen kapitalistischen und sozialistischen Länder, wie sie von gewissen Wirtschaftsjournalisten so gern gezogen werden, gewöhnlich irreführend. Aber so verschieden auch die Systeme der Nationaleinkommensrechnung in Ost und West sein mögen, sie geben eine Grundlage für die Messung der wirtschaftlichen Wachstumsrate ab, die die Durchführung internationaler Vergleiche — wenn auch innerhalb recht weiter Fehlergrenzen — sehr wohl gestattet.

Schließlich mag noch ganz kurz erwähnt sein, daß das Nationaleinkommen je Kopf nur einen sehr groben Maßstab für einen überaus komplizierten Sachverhalt abgibt. Wachsendes Je-Kopf-Einkommen muß nicht notwendigerweise gleichbedeutend sein mit steigendem Wohlstand der Massen. Das Je-Kopf-Einkommen ist nichts anderes als das Ergebnis einer Division von Summe der Güter und Dienstleistungen (gewöhnlich berechnet zu Marktpreisen) gebrochen durch Gesamtzahl der Bevölkerung. Diese Operation läßt unberücksichtigt eine etwaige Verschiebung des Volkseinkommens zugunsten der besitzenden Schichten, eine Verlängerung des Arbeitstages (etwa durch konjunkturell bedingte Zunahme der Oberstundenarbeit), eine Veränderung in der Zusammensetzung des Gütervolumens etwa infolge der Forcierung der Kriegsrüstung usw.

Um die Problematik des wirtschaftlichen Wachstums klarer herauszuarbeiten, empfiehlt es sich, die folgende grobe Unterscheidung zwischen einzelnen Gruppen von Ländern einzuführen:

- a) Führende westliche Industrieländer, wie die USA, Großbritannien, Westdeutschland usw.
- b) Relativ schwach industrialisierte westliche Länder, wie Brasilien, Mexiko, Irland usw.
- c) Wirtschaftlich unterentwickelte Länder des westlichen Typus, wie Indien, die Türkei, Ägypten, Bolivien usw.
- d) Führende östliche Industrieländer, wie die UdSSR, die CSSR und Ostdeutschland.
- e) Relativ schwach industrialisierte östliche Länder, wie Rumänien, Ungarn, Jugoslawien usw.
- f) Wirtschaftlich unterentwickelte Länder des östlichen Typus, wie China, Nordvietnam, Nordkorea usw.

Da wir unsere Darstellung möglichst knapp halten müssen, werden wir uns im folgenden auf die Analyse der Wachstumsprobleme in den Ländergruppen a, c, d und f beschränken.

II

Bei der Ländergruppe a) handelt es sich um nationale Wirtschaften, die durch ein hohes Je-Kopf-Einkommen, durch einen stark entwickelten industriellen Sektor, durch einen hohen Anteil der Tertiärindustrie (wie Handel, öffentliche Dienstleistungen, Ge-

³⁾ Zu diesem Ergebnis kam auch die große Mehrheit der auf der erwähnten Genfer Tagung anwesenden Experten.

sundheitspflege, Vergnügungsgewerbe usw.) an der Totalproduktion und durch eine hohe Produktivität der menschlichen Arbeit gekennzeichnet sind. Jedes dieser Gruppe zugehörige Land ist im Verlaufe des 19. Jahrhunderts durch eine Periode besonders schnellen wirtschaftlichen Wachstums hindurchgegangen: England zu Anfang des 19. Jahrhunderts, Amerika nach Beendigung des Bürgerkrieges und Deutschland im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts. Das Wachstum der gesamten Ländergruppe a) — mit Ausnahme von Japan und vielleicht auch der skandinavischen Länder — ist in diesem Jahrhundert bedeutend langsamer gewesen.

Wirtschaftliches Wachstum ist eine recht komplexe Erscheinung, die durch das Zusammenspiel einer Reihe von Faktoren bedingt ist. Aber der eigentliche Motor dieses Prozesses ist, wie uns die Nationalökonomen sämtlicher Schulen und Geistesrichtungen versichern, in dem Phänomen der *Kapitalakkumulation* zu suchen. Unter Kapitalakkumulation verstehen wir die Verwandlung von Profit (Mehrwert) in Kapital, wobei wir in diesem Zusammenhang nicht allein an die neuen Fabrikbauten, Maschinen und Apparaturen, sondern auch an die zusätzlichen Arbeitshände denken müssen, die die neu entstandenen Produktionsmittel in Bewegung setzen. Jede Periode raschen wirtschaftlichen Wachstums ist durch eine *hohe* Akkumulationsrate charakterisiert, das heißt durch eine Zusammensetzung des Sozialprodukts, bei der die Kapitalgüter einen beträchtlichen Prozentsatz ausmachen⁴).

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise ist jeder Unternehmer bestrebt, seinen Produktionsapparat nach Möglichkeit auszubauen, um im Konkurrenzkampf besser bestehen zu können. Es ist jedoch klar, daß dieser nur dann zu akkumulieren bereit sein wird, wenn seines Erachtens günstige Voraussetzungen dafür bestehen, daß die neuen Investitionsgüter mit Aussicht auf materiellen Erfolg im Produktionsprozeß eingesetzt werden können. Die hohe Akkumulationsrate und das durch diese bedingte rasche Wachstumstempo in den *frühen* Phasen der Industrialisierung sind auf Umstände zurückzuführen, die der unternehmerischen Initiative, Schaffenskraft und „Risikofreudigkeit“ besonders zuträglich waren.

Die Einführung der Dampfkraft, die Mechanisierung der Textilindustrie, die Revolutionierung des Verhüttungsprozesses durch die Verwendung der Koks-kohle, die Errichtung eines leistungsfähigen Eisenbahnnetzes und die von diesem Ereignis ausgehenden Impulse auf die gesamte übrige Wirtschaft schufen das für gewisse frühe Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung in England, Deutschland und den USA typische Treibhausklima. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts waren die führenden Industriemächte bemüht, ihre knappe Rohstoffbasis durch die Erschließung überseeischer Gebiete zu erweitern — ein Prozeß, den man — unter Bedachtnahme auf seine weitläufigen ökonomischen, sozialen und politischen Verästelungen — als die imperialistische Phase des Kapitalismus zu bezeichnen pflegt. Der für die imperialistische Phase charakteristische Export von Kapitalgütern dürfte eine der wesentlichen Voraussetzungen für die relativ rasche Wachstumsphase des Kapitalismus in den zwei letzten Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg gewesen sein.

Das Wachstumstempo der westlichen Wirtschaft hat sich in diesem Jahrhundert bedeutend verlangsamt. Dafür sind vor allem tiefreichende soziale Veränderungen maßgebend gewesen, besonders die Ablösung des kleinen, experimentierfreudigen Unternehmers durch den Monopolisten, der nicht so sehr um den Ausbau als um die Erhaltung seiner privilegierten Position bemüht ist. Auf diese Weise wird einerseits der Stachel zur fortdauernden Akkumulation schwächer und verstärkt sich andererseits die

4) Das ECE-Sekretariat veröffentlichte anlässlich der Genfer Tagung eine kurze Übersicht über die während der fünfziger Jahre beobachteten Wachstumsraten und Bruttoinvestitionsraten in vielen europäischen Ländern. Bei beinahe zwei Drittel dieser Länder schwankte die Bruttoinvestitionsrate (Anteil der Kapitalgüter am Bruttonationalprodukt) zwischen 20 und 30 vH. Die Statistik des ECE-Sekretariates ließ auch den Schluß zu, daß eine recht enge Beziehung zwischen einer hohen Investitionsrate und einer hohen Wachstumsrate besteht. Freilich sind für das Zustandekommen einer hohen Wachstumsrate auch andere Momente verantwortlich.

für unsere Wirtschaftsordnung so charakteristische Krisenanfälligkeit. Auf diese Erscheinung kann jedoch an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden⁵⁾.

Aber daneben haben auch andere Faktoren zur Verlangsamung des Wachstumsprozesses bedeutend beigetragen. *Erstens* hat es keinen Impuls mehr gegeben, der hinsichtlich Größe und Intensität der Mechanisierung der Textilindustrie, der Einführung der Dampfkraft und dem Eisenbahnbau (und den durch diesen bewirkten Ausstrahlungen) an die Seite gestellt werden könnte. Denn die frühe Industrialisierungsphase des westlichen Kapitalismus war im Grunde nichts anderes als die Umstellung einer kleinbäuerlichen und kleingewerblichen Wirtschaft auf die neue, mit der Einführung der Dampfkraft assoziierte Produktionsweise. Betriebsgröße, Transportmittel, Umfang des Marktes und Spezialisierung der Produktion sind im Verlaufe des 19. Jahrhunderts in einem Ausmaß und Tempo revolutioniert worden, wie dies niemals zuvor in der jahrtausendalten Menschheitsgeschichte der Fall gewesen war⁶⁾.

Auch im 20. Jahrhundert hat es technologische Neuerungen von großer Tragweite gegeben. Es genügt in diesem Zusammenhang, bloß schlagwortartig an solche Neuerungen zu erinnern, wie elektrische Energie, Automobilindustrie, Automatisierung usw. Aber wie bedeutend die von diesen Erfindungen ausgehenden technischen Umwälzungen gewesen sein mögen, *sie haben keine neue Produktionsweise ins Leben gerufen*, sondern nur den schon im 19. Jahrhundert angebahnten Prozeß fortgeführt.

Zweitens hat sich im Laufe der Zeit der *Charakter* der Investitionen sehr stark geändert. In der Frühzeit des industriellen Kapitalismus bestand das Investitionsvolumen zu einem bedeutenden Teil aus Gütern, die zu einer starken Ausweitung der industriellen Gesamtkapazität beitrugen. Investitionen in Form von Fabriksgebäuden, Lokomotiven, Werkzeugmaschinen, Turbinen usw. besaßen einen, um in der Sprache der modernen Nationalökonomie zu sprechen, *hohen Kapazitätseffekt*. Heute setzt sich das Investitionsvolumen in den westlichen Ländern in hohem Maße aus Wohnhäusern, eleganten Bürogebäuden und Luxusautomobilen zusammen. (Die letzteren gehen in die Nationaleinkommensrechnung nur dann als Investitionsgüter ein, wenn sie von Firmen angeschafft und erhalten werden.) Zur Verbreiterung der industriellen Basis der Wirtschaft leisten Investitionen dieser Art keinen namhaften Beitrag⁷⁾.

Drittens hat in den letzten Jahrzehnten das Gewicht der früher erwähnten Tertiärindustrien in der Gesamtwirtschaft bedeutend zugenommen. Ein stetig wachsender Prozentsatz der Arbeiter und Angestellten findet nun in Beschäftigungszweigen Unterkunft, deren Produktivität geringer ist als die der Industrie. In dem Maße, in dem Dienstleistungen verhältnismäßig unproduktiven Charakters (wie Reklame, Vertretertätigkeit, Unterhaltungsdienste usw.) einen immer größeren Teil des Sozialproduktes bilden, muß sich das Wachstumstempo der Gesamtwirtschaft verringern.

5) Die strukturellen Schwächeerscheinungen des modernen Kapitalismus werden in der Imperialismuskritik mit großer Gründlichkeit behandelt. In letzter Zeit haben sich insbesondere John Strachey, Paul Sweezy, Paul Baran und Oscar Lange mit diesem Problem beschäftigt.

6) Paul Sweezy gibt uns in einem interessanten Artikel die folgende theoretische Begründung für die hohe Wachstumsrate in der Phase der frühen Industrialisierung: „In der Praxis kann Abteilung I (der Bereich, wo Grundstoffe und Investitionsgüter hergestellt werden — E. M.) nicht langsam und kontinuierlich expandieren, wenn der Konsum ein gewisses Niveau erreicht hat. Ganze Industrien, Transportmittel, Kommunikationssysteme usw., die für die Befriedigung einer bestimmten Nachfrage nach Konsumgütern absolut wesentlich sind, existieren nicht zu Anfang des Industrialisierungsprozesses und können nicht sukzessive ins Leben gerufen werden. Durch eine lange Zeit hindurch muß sich das Wachstum der Abteilung I in Vorwegnahme und unabhängig von der Entwicklung der Nachfrage nach Konsumgütern vollziehen. Diese antizipatorische und unabhängige Entfaltung der Abteilung I ist das, was wir unter der frühen Phase der Industrialisierung verstehen.“ Paul Sweezy, „A Crucial Difference Between Capitalism and Socialism“, *The Present as History*, New York 1953, S. 344.

7) In einer vor kurzem im Auftrage der amerikanischen Regierung unternommenen Studie werden die folgenden, interessanten Angaben gemacht: Das gesamte sowjetische Investitionsvolumen war im Jahre 1959 noch etwas geringer als das der USA (63,6 Md. \$ gegen 71,3 Md. \$). Im Hinblick auf die hohe sowjetische Zuwachsrate wird jedoch die Investitionstätigkeit in der UdSSR das amerikanische Niveau zu Anfang der sechziger Jahre erreichen. Ferner wird in der amerikanischen Studie darauf hingewiesen, daß in der Sowjetunion in erster Linie die Vergrößerung der Kapazitäten für die Erzeugung von industriellen und landwirtschaftlichen Gütern angestrebt wird, während der Hauptakzent der amerikanischen Investitionstätigkeit auf der Errichtung von Verkaufszentren, Autostraßen und dergleichen liegt. Siehe: *New York Times*, International Edition, 27. April 1961, S. 8.

Viertens erfordern viele der neuen Industriezweige (wie Chemie, Elektronenindustrie, Präzisionsinstrumente usw.) sowie die Einführung automatischer Prozesse in alten Industriezweigen eine große Zahl von technisch hochqualifizierten Arbeitern und Ingenieuren. In den westlichen Ländern werden aber für die Ausbildung und Umschulung des Arbeitskraftreservoirs verhältnismäßig geringe finanzielle Mittel aufgewendet. Es ist klar, daß es nicht genügt, hochwertige Maschinen herzustellen, um das Leistungspotential zu erhöhen; es bedarf auch der Menschen, die die neuen Maschinen zu betreiben und zu bedienen verstehen. In diesem Zusammenhang mag auch kurz vermerkt werden, daß die Forschung (insbesondere die Grundlagenforschung) von Staat und Privatwirtschaft mit recht bescheidenen Mitteln ausgestattet worden ist.

Die Ursachen der Verlangsamung des wirtschaftlichen Fortschritts sind im Westen wiederholt — mit mehr oder minder großer Klarheit — diagnostiziert worden. Man hat dieser beunruhigenden Tendenz insbesondere mit drei Mitteln beizukommen versucht: *Erstens* hat man durch den konjunkturkonformen Einsatz von Budgetmitteln die häufigen Schwächeanfänge der Wirtschaft, mit mehr oder minder großem Erfolg, bekämpft; *zweitens* hat man neue Industriezweige, die insbesondere in den Anfängen einen verhältnismäßig großen Investitionsaufwand beanspruchen, in einem — von Land zu Land verschieden — hohen Ausmaß subventioniert; und *drittens* hat man auch dem Problem der Erziehung und Umschulung von Arbeitskräften in jüngster Vergangenheit mehr Aufmerksamkeit zugewandt. Es muß jedoch mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß diese Maßnahmen kaum hingereicht haben, um das Wachstumstempo der alten Industrienationen wesentlich zu beleben⁸⁾.

III

Wir wollen uns nun, schon des deutlichen Kontrastes wegen, mit der Ländergruppe d) beschäftigen. Das Wachstumstempo der industriell führenden Länder des Ostens war in den letzten Jahrzehnten zweifellos bedeutend höher als jenes des Westens⁹⁾. Gewisse Ursachen dieser Erscheinung bedürfen — im Hinblick darauf, was über den Westen eben gesagt wurde — kaum noch eines besonderen Kommentars. Jene grundlegende Umstellung vom — im wesentlichen mit manuellen Methoden operierenden — Kleinbetrieb auf den mechanisierten Großbetrieb hat sich in der UdSSR erst in diesem Jahrhundert vollzogen. Dazu kommt, daß in der heutigen Entwicklungsphase, die für den gesamten Wirkungsbereich des Ostens charakteristisch ist, der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit noch immer in jenen Bereichen zu finden ist, von denen ein maximaler Kapazitätseffekt ausgeht.

Aber die für das rasche Wachstum der östlichen Wirtschaft entscheidende Erscheinung ist *der staatlich gelenkte Akkumulationsprozeß*. Im Westen entscheidet, wie wir wissen, der einzelne Unternehmer, ob und in welchem Ausmaß Profit in Kapital verwandelt werden soll. Ist er aus irgendeinem Grunde abgeneigt, den Akkumulationsprozeß fortzusetzen oder auch nur im gewohnten Umfange aufrechtzuerhalten, kann er

8) Als beachtenswerte Ausnahme muß die Deutsche Bundesrepublik gelten, die gemäß den Angaben des ECE-Sekretariats während der fünfziger Jahre eine jährliche durchschnittliche Wachstumsrate von 7,3 vH aufzuweisen hatte. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß für die Entwicklung Westdeutschlands eine Reihe von besonderen Umständen maßgebend gewesen ist: Erstens die weitgehende kriegsbedingte Zerstörung des Produktionsapparates, die eine lebhafte Investitionstätigkeit zur Folge hatte; zweitens der Zustrom von Arbeitskräften aus dem Osten, der der Erhöhung des Reallohns enge Grenzen setzte (zusätzlicher Investitionsimpuls!) und die Investitionstätigkeit auf dem Wohnbausektor überaus stimulierte; drittens die günstige Exportsituation, die Westdeutschland infolge seines hohen Anteils von Grundstoffen (Kohle, Chemikalien) und Investitionsgütern an der Totalproduktion besser auszunutzen vermochte als etwa England oder Frankreich; viertens der von den westeuropäischen Integrationsbestrebungen ausgehende Investitionsimpuls.

9) Die Statistik des ECE-Sekretariats enthält nur die durchschnittliche Wachstumsrate Jugoslawiens in den fünfziger Jahren, die mit 7,1 vH etwas unter der westdeutschen Wachstumsrate liegt. Es unterliegt jedoch kaum einem Zweifel, daß die Wachstumsrate der übrigen Oststaaten jene Westdeutschlands um ein mehr oder minder großes Maß überschreitet.

den Anstoß zu einer für die Gesamtwirtschaft verhängnisvollen Kontraktionsbewegung geben. In einer staatlich gelenkten Wirtschaft ist eine auch nur zeitweilige Unterbrechung des Akkumulationsprozesses völlig undenkbar, da nicht individuelle Profit-erwartungen, sondern die Ziele des Wirtschaftsplanes für Investitionsentscheidungen maßgebend sind.

Das soll natürlich nicht heißen, daß die Investitionsentscheidungen der Planbehörde immer eine maximale Wachstumsrate bewirken müssen. Erstens muß auch die „Konsumorientierung“ der östlichen Wirtschaften mit der Zeit zunehmen, und in dem Maße als der Bau von Wohnhäusern auf Kosten des Baues von Fabrikgebäuden, als die Produktion von langlebigen Konsumgütern auf Kosten der Produktion von Investitionsgütern forciert werden, wird der raschen Verbreiterung der industriellen Kapazität — also der Basis für das künftige Wachstum der Wirtschaft — ein Riegel vorgeschoben. Zweitens haften auch den Investitionsentscheidungen der Planbehörden gewisse Momente der Willkür, des Zufalls und der bürokratischen Unzulänglichkeit an. So mag es sich z. B. erweisen, daß die Entscheidung der russischen Planer, große finanzielle Mittel in agrarisches Neuland zu investieren, anstatt die intensivere Bearbeitung der bereits erschlossenen landwirtschaftlichen Gebiete zu veranlassen, der maximalen Entfaltung der sowjetischen Wirtschaft abträglich war. Andererseits muß hervorgehoben werden, daß die Veranlagung von gewaltigen Geldmitteln im Erziehungswesen und in der Forschung sich vom Standpunkt der langfristigen Wachstumsrate der sowjetischen Wirtschaft als *die strategisch wichtigste Maßnahme erweisen dürfte*¹⁰⁾.

IV

Wenden wir uns nun den Wachstumsproblemen der sogenannten unterentwickelten Gebiete zu. Beginnen wir mit den Entwicklungsländern des westlichen Typus, also mit der Ländergruppe c). Diese Länder sind, im Gegensatz zu den beiden obenerwähnten Ländergruppen, durch ein niedriges Je-Kopf-Einkommen, durch einen nur schwach entwickelten industriellen Sektor, durch eine geringe Produktivität der menschlichen Arbeit usw. charakterisiert. Die Ursachen ihrer Rückständigkeit können hier nur kurz analysiert werden. Länder wie Indien, der Irak, Ägypten, Ghana usw. erfreuen sich erst seit relativ kurzer Zeit ihrer vollen politischen Unabhängigkeit. In der Kolonialzeit bildeten sie bloß ein wirtschaftliches Anhängsel des „Mutterlandes“, das dort im wesentlichen nur an der Entwicklung gewisser Rohstoffvorkommen und agrarischer Produkte interessiert war und im übrigen die ihm „Schutzbefohlenen“ Gebiete als willkommenen Absatzmarkt für industrielle Erzeugnisse betrachtete. Aus dieser Interessenkonstellation ergab sich zwangsläufig ein politisches Bündnis zwischen den Kolonialherren und den feudalen Oberschichten der rückständigen Regionen. Diese fürchteten die Industrialisierung wie weiland der österreichische Kaiser Franz, der einmal kurzerhand die Errichtung von Fabriken verbieten ließ, weil er in ihnen — und im übrigen mit richtigem Instinkt — nur potentielle Unruheherde erblickte; und jene kamen diesem Bedürfnis der feudalen Oberschicht nach sozialer Sicherheit nur allzugern entgegen, da sie auf diese Weise ihrer Industrie wichtige Absatzmärkte erhalten konnten.

Die Kolonialzeit nähert sich nun mit Riesenschritten ihrem Ende. Aber die Erkämpfung der politischen Unabhängigkeit hat nur ausnahmsweise auch die Sprengung der Fessel der wirtschaftlichen Rückständigkeit bedeutet. Hierfür ist eine Reihe von Ursa-

10) Das ECE-Sekretariat versucht in der bereits genannten Studie die Bedeutung des Faktors „Technik“ — worunter nicht bloß technischer Fortschritt, sondern auch „Organisation“, „Bildungsniveau“ und dergleichen zu verstehen ist — quantitativ zu erfassen. Sie kommt zum Schluß, daß dieser einen namhaften Anteil an der Wachstumsrate einiger westlicher Länder (Westdeutschland, Belgien und Holland) gehabt haben dürfte. Bezüglich der Oststaaten fehlen Berechnungen dieser Art.

chen maßgebend gewesen: *Erstens* hat die Einführung der modernen Medizin, der städtischen Hygiene und die Beseitigung uralter irrationaler Bräuche die Sterblichkeit, insbesondere unter Säuglingen und Kleinkindern, fühlbar gesenkt. Die daraus resultierende „Bevölkerungsexplosion“ hat, wie bereits eingangs erwähnt, die Notlage in den meisten Entwicklungsgebieten noch weiter verschärft. *Zweitens* hat das Faktum der politischen Unabhängigkeit gegenüber den alten Kolonialmächten nicht automatisch die Beseitigung der traditionellen Untertänigkeits- und Knechtschaftsverhältnisse *innerhalb* der Landesgrenzen bewirkt. Da die Bevölkerung in den Entwicklungsgebieten so arm wie die sprichwörtliche Kirchenmaus ist, können die Mittel zur Kapitalakkumulation nur von der feudalen Oberschicht und dem alteingesessenen Handels- und Wucherkapital aufgebracht werden. Aber diese fürchten in den meisten Fällen die mit einer solchen Politik unweigerlich assoziierten sozialen und politischen Konsequenzen¹¹⁾. *Drittens* haben sich die internationalen Austauschrelationen („terms of trade“) auch in der Nachkriegszeit *zuungunsten* der unterentwickelten Regionen entwickelt. Über die Ursachen dieser Erscheinung ist in den letzten Jahren sehr viel geschrieben worden. Im wesentlichen dürfte sie auf einen Umstand (oder besser gesagt einen Komplex von Umständen) zurückzuführen sein, der in der anglo-amerikanischen Literatur als *Nachfrage-Insuffizienz* („demand-deficiency“) bezeichnet worden ist. Es handelt sich dabei vor allem um drei Momente: um die Substitution von Rohstoffen durch technische Produkte (wie synthetische Fasern, künstlichen Gummi usw.); um den Agrarprotektionismus der führenden westlichen Länder und schließlich um einen deutlich beobachtbaren (trendmäßigen) Rückgang des Rohstoffverbrauches je Erzeugungseinheit¹²⁾.

Die Wirtschaftshilfe, welche den Entwicklungsländern — wenn auch gewöhnlich nur in bescheidenem Ausmaß — gewährt worden ist, konnte aus naheliegenden Gründen keine revolutionierende Wirkung ausüben. Nur allzuoft sind die Stützungsbeträge auf den Ankauf von Waffen aufgewendet worden, die dazu bestimmt waren, die politische und soziale Lage des betreffenden Landes zu konservieren. Des weiteren wurden große Geldmittel für Investitionen traditionellen Charakters verausgabt, wie die Entwicklung von Rohstoffvorkommen und Agrarprodukten, die an dem kolonialen Charakter der Wirtschaft kaum etwas geändert haben. In gewissen Ländern, wie z. B. in Indien, sind beträchtliche finanzielle Mittel für die Entwicklung des „sozialen Kapitals“ in der Landwirtschaft (also für Bewässerungssysteme, Flußregulierungen, Dränagenanlagen und dergleichen mehr) verausgabt worden. Dennoch konnte auf der indischen Getreidefront bezeichnenderweise kein entscheidender Durchbruch erkämpft werden. Darüber gibt uns Prof. *Fritz Baade* die folgende interessante Auskunft:

„Auch die Vorbereitung des Landes auf die Bewässerung ist in den Ländern am Rande des kommunistischen Blocks überwiegend unzulänglich. Alte Grundstücksgrenzen, alte traditionelle Wege oder Bewässerungsgräben verhindern eine Vorbereitung des Landes für eine wirklich ergiebige Bewässerungswirtschaft. Hier tut integrale Bewässerung not, d. h. vorübergehend vollständige Enteignung des neu zu bewässernden — zum großen Teil auch des alten, aber primitiv bewässerten — Landes. Planierung mit großen Maschinen. Herstellung eines Bewässerungsnetzes, welches das Wasser von den Staudämmen oder den anderen Quellen möglichst in Betonkanälen und Rinnen bis zur letzten Parzelle bringt und das durch ein Netz von Dränageröhren und Gräben dort ergänzt wird, wo das notwendig ist, und schließlich Neuverteilung des so hergerichteten Landes. Man kann also zusammenfassend sagen, daß in den Ländern am Rande des kommunistischen Blocks zwar gewaltige Nahrungsreserven liegen .. ., daß aber diese Nahrungsreserven nur erschlossen werden können, wenn gewaltige Investitionen in der Infrastruktur des Landes vorgenommen werden, insbesondere im Aufbau einer integralen Bewässerungs-

11) Der „soziologische“ Aspekt der Rückständigkeit ist von Paul Baran sehr gründlich beschrieben worden. Siehe „The Political Economy of Growth“, New York 1957, S. 190 ff.

12) Vgl. R. Nurkse „Patterns of Trade and Development“, The Wicksliel Lectures, Stockholm 1959; ferner A. Maizels, „The Effects of Industrialization on Export of Primary Producing Countries“, *Kyklos*, Vol. XIV., 1961, Fase. T, S. 18 ff.

Wirtschaft einschließlich Drainage sowie Roden und Planieren von Gebieten, die durch den einzelnen nicht kultiviert werden können“¹³).

Gleichzeitig mit dem großzügigen Aufbau des sozialen Kapitals („Infrastruktur“) in der Landwirtschaft müßte auch die Entwicklung einer schwerindustriellen Basis in Angriff genommen werden. Wie *Baade* in der oben zitierten Studie ausführt, sind in den unterentwickelten Regionen 70 bis 80 vH der arbeitsfähigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, meistens mit sehr geringem Nutzeffekt. Was daher dringend nottut, ist die Transferierung eines großen Teiles dieser „überschüssigen“ Hände in Industriezweige mit relativ hohem Produktivitätsgrad. Mit Recht meint *Baade*:

„Industrialisierung und Entwicklung der Landwirtschaft sind keine Alternativen, sondern zwei Seiten desselben Vorganges, die sich gegenseitig bedingen und tragen. So wie die Entwicklung der Landwirtschaft das unentbehrliche Fundament der Industrialisierung ist, so ist die Industrialisierung das unentbehrliche Fundament der Entwicklung der Landwirtschaft“¹⁴).

Aber die Beschleunigung der Industrialisierungsbestrebungen stößt auf die von uns bereits oben erwähnten sozialen Schranken. In Indien, wo die Entwicklung einer schwerindustriellen Basis vorwiegend die Aufgabe öffentlicher Unternehmen ist, liegt die Hauptschwierigkeit in der Aufbringung adäquater finanzieller Mittel. Allerdings werden auch die verfügbaren Mittel nicht immer in einer der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zuträglichen Weise verwendet. So wurde z. B. in den letzten Jahren der Aufbau einer einheimischen Automobil- und Flugzeugindustrie forciert, ohne daß zunächst gewisse Basisindustrien entsprechend ausgebaut worden wären. Das private Kapital ist vorwiegend in den Konsumgüterindustrien konzentriert, von denen nur eine Minderheit die Versorgung der Bevölkerung — selbst in Anbetracht des notorisch niedrigen indischen Konsumniveaus — sicherzustellen vermag. Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, daß ein genauer Kenner der Verhältnisse die Entwicklung der indischen Industrie als „ungereimt“ (haphazard) bezeichnet¹⁵).

Der Zuwachs der indischen Bevölkerung beträgt etwas mehr als 1 vH je Jahr. Man ist allgemein der Ansicht, daß das Volkseinkommen je Kopf in Indien nur dann *fühlbar* wachsen könnte, wenn eine jährliche Nettoinvestitionsrate von 10 bis 12 vH realisierbar wäre. Die Nettoinvestitionsrate in Indien dürfte jedoch in den letzten Jahren kaum mehr als 5 vH betragen haben¹⁶). Die Erscheinung des sogenannten „take-off“, also des Überganges von einer traditionsbefangenen und stagnierenden Wirtschaft zu einer modernen und rasch expandierenden Wirtschaft, dürfte in Indien während der fünfziger Jahre kaum stattgefunden haben¹⁷).

Was müßte geschehen, um die Wirtschaft der Ländergruppe c) — und insbesondere der ihres wichtigsten Repräsentanten *Indien* — zu einer mehr dynamischen Verhaltensweise zu veranlassen? Es ist klar, daß selbst eine bedeutende Steigerung der Wirtschaftshilfe aus West und Ost kaum ausreichen dürfte, um eine wirklich radikale Änderung der bestehenden Lage herbeizuführen. In Abwandlung eines bekannten Wortes ist man versucht zu sagen, daß das Werk der Überwindung der Stagnation nur die Sache der stagnierenden Länder selbst sein kann.

Folgende Maßnahmen scheinen unerlässlich, damit es in Indien in der nächsten Zeit zu einem industriellen „take-off“ kommen kann: *Erstens*: die umfassende staatliche Lenkung der Investitionstätigkeit, wobei man sich hinsichtlich der Konsumgüterindustrie — etwa nach jugoslawischem Muster — darauf beschränken könnte, bloß das Inve-

13) Siehe Prof. Fritz Baade, „Die Beziehungen zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Entwicklung“, *Beihefte der Konjunkturpolitik*, Heft 6, Jahrgang 1960, S. 19—20.

14) Ebenda, S. 25.

15) Vgl. D. K. Rangnekar, „Poverty and Capital Development in India“, Oxford University Press 1958, S. 111.

16) A. a. O., S. 215.

17) Es ist daher überraschend, daß Prof. Rostow den Beginn des indischen „take-off“ mit dem Jahre 1952 datiert. Siehe W. W. Rostow, „The Take-Off into self-sustained Growth“, *The Economic Journal*, März 1956. (Siehe eine in diesem Artikel veröffentlichte vergleichende Tabelle.)

stitionsvolumen, nicht aber die konkrete Aufteilung der Investitionsmittel auf die einzelnen Zweige dieser Industrie zu bestimmen. Der Lenkung müßte ein Wirtschaftsplan zugrunde gelegt werden, der auf den Sektoren der Landwirtschaft sowie der Grundstoff-, Energie- und der Investitionsgüterindustrien eine strenge Reihung der Investitionsprojekte nach dem Grade ihrer volkswirtschaftlichen Dringlichkeit vorsieht. Die Verzettlung von finanziellen Mitteln auf den Aufbau von Wirtschaftszweigen, für welche weder ein aufnahmefähiger Markt noch die erforderlichen Komplementärindustrien gegeben sind (indische Automobilindustrie!) müßte unbedingt vermieden werden. *Zweitens*: die Aufbringung der finanziellen Mittel müßte hauptsächlich durch die rigorose Besteuerung der privilegierten Schichten sichergestellt werden, da die großen Massen der indischen Bevölkerung, die kaum über ein selbst für die Bestreitung der lebenswichtigen Bedürfnisse ausreichendes Einkommen verfügen, keinen nennenswerten Beitrag zum steuerlichen Aufkommen leisten können. Interessanterweise (und vielleicht auch bezeichnenderweise) stehen viele der indischen Nationalökonomien auf dem Standpunkt, daß der indische Staat den besitzenden Klassen schon heute eine zu hohe steuerliche Bürde zumute¹⁸⁾. *Drittens* müßte die von *Fritz Baade* befürwortete Massenmobilisierung von ländlichen Arbeitskräften zur Bewältigung gewisser Großprojekte in Betracht des großen brachliegenden Kräftepotentials im indischen Dorf als ein wesentliches Instrument der Planerfüllung eingesetzt werden.

Die Möglichkeit der praktischen Durchführung der hier vorgeschlagenen Maßnahmen muß jedoch skeptisch beurteilt werden, da hierfür weder in Indien noch in den anderen unterentwickelten Ländern westlicher Orientierung heute die entsprechenden politischen und sozialökonomischen Voraussetzungen bestehen. Wie ein guter Kenner der indischen Verhältnisse schreibt:

„Es handelt sich darum, Indien zu gestatten, daß es sein Fortschritttempo dem Chinas annähert, jedoch mit der Unterstützung des Westens um einen geringeren Leidenspreis. Dabei muß man endlich begreifen, daß das Problem nicht in erster Linie darin besteht, mehr Geld herzugeben; vielmehr liegt es in einer Revision politischer Einstellungen und in der Bereitschaft, Methoden gelten zu lassen und zu fördern, die — mögen sie auch der westlichen Erfahrung fremd sein — die einzigen sind, die Aussicht hätten, unter den soziologischen Gegebenheiten Indiens Resultate zu liefern¹⁹⁾.“

In Indien, das eine demokratische Verfassung, einen verstaatlichten industriellen Sektor und ein ambitioniertes technisches Hilfsprogramm für die Landwirtschaft besitzt, scheinen jedoch noch relativ günstige Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum zu bestehen. Weit ernster dürfte die Lage in Ländern wie Thailand, Laos, Südkorea, Persien, Sauch-Arabien, Peru, Columbien usw. zu beurteilen sein. Erst vor kurzem hat der Londoner *Economist* die folgende treffende Analyse der lateinamerikanischen Verhältnisse publiziert:

„Der Umstand, daß von der politischen Unabhängigkeit keine grundlegenden ökonomischen Reformen ausgingen, bildete einen weiteren Grund für die Aufrechterhaltung des politischen Status quo. Anstatt Rohstoffe nur an Spanien zu liefern, waren Spanischamerika und Brasilien nun in der Lage, diese der ganzen Welt zu verkaufen, wobei sie sich gegenseitig allerdings nur stiefmütterlich bedachten. Materielle Macht und Reichtum verblieben freilich in den Händen jener, die sie schon vor der Unabhängigkeit besessen hatten und die sie nun dazu gebrauchten, um ihre politische Macht zu untermauern. Die neuen Herren machten keinerlei Versuch, ihre materielle Macht oder ihren jüngst erlangten politischen Einfluß mit den minder privilegierten Schichten zu teilen; diese blieben ausgeschlossen von allen sozialen Positionen.

Diese Situation blieb unverändert, als im Verlaufe des 19. Jahrhunderts fremde Kapitalisten den Reichtum Lateinamerikas auszubeuten begannen. Diese strebten einen entsprechenden Er-

18) Der von uns oben zitierte Rangneka beklagt sogar die drastische Beschneidung der Privilegien der indischen Fürstenstaaten. A.a.O., S. 117.

19) Siehe „Landwirtschaft und Industrialisierung in den Entwicklungsländern“, *Beihefte der Konjunkturpolitik*, Heft 6, Jahrgang 1960, S. 43.

trag für ihre Investitionen an; sie waren desinteressiert an internen Veränderungen, welche geeignet gewesen wären, ihr Kapital zu gefährden, oder — im besten Falle — ihren Ertrag zu vermindern. Durch lange Zeit hindurch bestand das hauptsächliche Ergebnis ihres Auftretens darin, daß die heimischen Interessengruppen dazu neigten, ihnen die ökonomischen Entwicklungsaufgaben zu überlassen. Auf diese Weise trat Lateinamerika ins 20. Jahrhundert ein mit einer politischen Struktur, die noch aus der Zeit des spanischen und portugiesischen Regimes stammte, und mit einer wirtschaftlichen Struktur, die, soweit sie überhaupt Veränderungen aufwies, diese nur dem Einströmen fremden Kapitals und ausländischer Arbeitskräfte zu verdanken hatte. *Keiner dieser fremden Einflüsse war der Träger freiheitlicher Traditionen.* Die lateinamerikanische Wirtschaft war den Schwankungen des Weltmarktes auf Gnade und Ungnade ausgeliefert...

Lateinamerika hat heute den Weg der Revolution betreten, die Revolution steigender Erwartungen', um die Phrase *Adlai Stevensons* zu gebrauchen. Seine Führer stehen vor Problemen, vor denen die Herrscher älterer Nationen zurückschrecken würden. Diese Probleme sind das Erbe der lateinamerikanischen Geschichte, einer Geschichte, die zeigt, wie unrealistisch es ist, Südamerika, dessen Probleme und die von ihm versuchten Lösungen nach anglosächsischen Schablonen zu beurteilen²⁰⁾."

V

Die Wirtschaftspolitik der Ländergruppe f), deren wichtigster Vertreter die *Chinesische Volksrepublik* ist, muß, nach dem bisher Gesagten, nicht mehr im einzelnen analysiert werden. Auch hier, wie im Falle der Sowjetunion, ist die für das rasche wirtschaftliche Wachstum entscheidende Erscheinung der staatlich gelenkte Akkumulationsprozeß. Man dürfe in der Annahme nicht fehlgehen, daß die gegenwärtige Phase der wirtschaftlichen Entwicklung in China in einigen wesentlichen Punkten mit der sowjetrussischen Entwicklungsphase der dreißiger Jahre korrespondiert. Nach der Kollektivisierung der Landwirtschaft, die natürlich einige spezifisch chinesische Charakterzüge aufweist, umfaßt die Planung den gesamten Wirtschaftsbereich. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit ist in den Bereichen Grundstoffe, Energie und Investitionsgüter zu finden. Da die besitzenden Schichten des Landes zu Beginn der chinesischen Revolution expropriert wurden, geht der Prozeß der „Kapitalbildung“ vor allem in der Sphäre der Landwirtschaft vor sich. Damit soll nicht gesagt sein, daß die hohe chinesische Investitionsrate um den Preis der Senkung des bäuerlichen Lebensstandards erkaufte werden müssen. Mit Recht meint *Fritz Baade*:

„... ich habe meine Zweifel daran, daß der Ausdruck ‚Großhungern‘ für das heutige China zutrifft, und ich habe sogar erhebliche Zweifel, daß mit diesem Wort der Vorgang richtig gekennzeichnet wird, der sich in Sowjetrußland abgespielt hat²¹⁾.“

Der chinesische Bauer leistet seinen für die rasche Industrialisierung des Landes so entscheidenden Beitrag durch Erhöhung der Arbeitsleistung in der Landwirtschaft, durch Abwanderung in Wirtschaftszweige mit höherer Produktivität, durch massenhafte Beteiligung an den agrarischen Großprojekten (wie Dammbau, Bewässerungsanlagen, Dränagesysteme usw.) und schließlich durch Eintritt in dörfliche Kleinbetriebe, deren wichtigster volkswirtschaftlicher Nutzeffekt in der optimalen Auslastung des so überreichlich vorhandenen Produktionsfaktors Arbeit zu suchen ist. Nicht das „Großhungern“ des Bauern, sondern sein vielseitiger und restloser Einsatz in der Volkswirtschaft bildet den brisanten Treibstoff des chinesischen Akkumulationsprozesses.

Auch die sowjetische Wirtschaftshilfe darf bei einer Aufzählung der Ingredienzien, die in die chinesischen Fünfjahrpläne eingehen, nicht übersehen werden. Aber wichtiger

20) „The Revolution of Rising Expectations“, *The Economist*, 22. April 1961, S. 320—321.

21) A. a. O., Seite 47. Baades Beobachtung wird im übrigen auch von Tibor Mende bestätigt, der in seinem letzten Buch, das allerdings vor der chinesischen Hungersnot des Jahres 1960 geschrieben wurde, feststellt, daß trotz der großen Mängel und Transportschwierigkeiten zum erstenmal in der chinesischen Geschichte sich jeder Chinese des notwendigen Nahrungsminimums erfreue. Siehe Tibor Mende, „China and Her Shadow“, Thames & Hudson, London 1961.

als die materiellen Zuwendungen, denen nur eine marginale Bedeutung beigemessen werden kann, ist die „intellektuelle“ Hilfeleistung in der Form der leihweisen Überlassung von Fachleuten und Lehrern jedweder Provenienz. Die Chinesen besitzen eine jahrtausendealte, bewunderungswürdig reiche Kultur. Für die rasche Aufnahme der westlichen Technik ist eine Armee wißbegieriger und traditionsbewußter Studenten mobilisiert worden. Das „russische Beispiel“ ist natürlich dort am wirksamsten, wo es den uralten Traditionen und Anschauungen eines Volkes weitgehend entgegenkommt.

Die Gewalt, die bekanntlich die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaftsformation ist, spielt natürlich auch bei der Umstellung der chinesischen Wirtschaft auf die Produktionsmethoden des 20. Jahrhunderts eine mehr oder minder wichtige Rolle. Man darf allerdings nicht übersehen, daß auch der Industrialisierungsprozeß im Westen kein idyllisch friedlicher Prozeß gewesen ist. Und es bleibt noch abzuwarten, ob der indische Weg eine ernstzunehmende Alternative zum russischen, japanischen oder chinesischen Weg darstellt. Aber wenn wir auch nicht umhin können, mit einem gewissen Mißbehagen auf einige „stalinistische“ Aspekte in der Ideologie und Praxis des heutigen China zu reagieren, so gibt uns die Besinnung auf die folgenden historischen Fakten einen einigermaßen tröstlichen Ausblick: die industrielle Revolution in England nahm fast ein volles Jahrhundert in Anspruch; die Umstellung der amerikanischen, deutschen und französischen Wirtschaft erfolgte im Verlauf eines halben Jahrhunderts; der Industrialisierungsprozeß in der UdSSR und in Japan war in der Hauptsache innerhalb von drei Jahrzehnten abgeschlossen; der chinesische „leap forward“ dürfte, wenn man Augenzeugen wie *Robinson, Lange, Adler* u. a. trauen kann, schon in der knappen Frist von zwei Dekaden gelingen.

VI

Zum Schluß noch ein Wort über die Möglichkeiten, Gefahren und Grenzen der Wirtschaftshilfe für die unterentwickelten Länder. Es muß nach dem bisher Gesagten klar geworden sein, daß die westliche oder die östliche Wirtschaftshilfe *im besten Falle* nur eine subsichäre Rolle zu spielen vermag. Die wirklich entscheidenden Bestrebungen, den Sprung ins 20. Jahrhundert zu vollziehen, müssen vom Volk und von der Regierung des Entwicklungsgebietes selbst ausgehen. Und dies ist nur dort möglich, wo die entsprechenden politischen und sozialökonomischen Voraussetzungen gegeben sind. Andernfalls wird die Wirtschaftshilfe zu nichts anderem degradiert als zu einem Instrument der Konservierung unzeitgemäßer und daher auch oppressiver Herrschaftsformen. „Viele verlorene Millionen Dollar“ — so stellte der Frankfurter *Volkswirt* fest — „sind das Lehrgeld, das die USA nach der Aufgabe ihrer isolationistischen Politik in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg für die Übernahme der Rolle einer Führungsmacht der westlichen Welt zu zahlen hatten. Dabei sind die sinnlosen Verluste an Militärhilfe allerdings viel bedeutender gewesen als die an Wirtschaftshilfe.“ Und der *Volkswirt* knüpft an diese Worte die Mahnung, daß „eine Hilfe nur dann auch von politischem Wert (ist), wenn sie wirtschaftlich sinnvoll ist²²⁾.“ Aber man fragt sich, ob der *Volkswirt* auch begriffen hat, daß das, was wirtschaftlich sinnvoll ist, noch lange nicht finanziell einträglich sein muß. Der *Volkswirt* täte gut daran, der folgenden Stelle aus der beachtenswerten Artikelserie des Londoner *Economist* über Lateinamerika seine Aufmerksamkeit zu schenken:

„Der Punkt, den die Kommission (gemeint ist die Wirtschaftskommission der UNO für Lateinamerika) und deren Direktor, Dr. *Raul Prebisch*, immer wieder betonen, ist der, daß staatliche Planung vorangehen muß, damit die Privatwirtschaft ihre eigene, dynamische Rolle spielen kann. Aber ganz abgesehen von diesem Gesichtspunkt, gibt es noch einen stärkeren

22) Siehe: Walter Trautmann, „Ein drohendes Milliardengrab“, *Der Volkswirt*, Frankfurt. 15. April 1961, S. 631.

EDUARD MXRZ

Grund, warum manche südamerikanischen Regierungen sich gezwungen sehen, einen so entschiedenen Einfluß auf die ökonomische Entwicklung ihres Landes zu nehmen. Viele der Dinge, die heute dringend getan werden müssen, würden normalerweise dem Privatkapital keinen Anreiz bieten²³⁾.“

Es ist nicht klar, ob die USA und die anderen führenden Länder des Westens die volle Tragweite der These Raul Prebischs und der lateinamerikanischen Wirtschaftskommission verstanden haben. Präsident *Kennedy* hat zwar in einer Rede vor dem amerikanischen Kongreß erklärt, daß „archaische Steuersysteme und Besitzverhältnisse auf dem Lande“ dem sozialen Fortschritt im Wege stehen, ist aber dann dem Kubanischen Experiment in unmißverständlicher Weise entgegengetreten. Die amerikanische Regierung hat es verabsäumt, so stellt der Londoner *Economist* bedauernd fest, „klarzustellen, in welchem Ausmaß sie bereit ist, eine Mischung von Kapitalismus und Sozialismus in Südamerika zuzulassen²⁴⁾.“

Aber über den Mangel eines klaren Programms hilft auf lange Sicht auch der Aufwand von noch so vielen Milliarden Dollar nicht hinweg. Die Lage in den unterentwickelten Regionen der Welt verlangt nach drastischen, ja nach radikalen sozialen Reformen. Um den Londoner *Economist* ein letztes Mal zu Wort kommen zu lassen:

„Es ist nicht mittelalterliches Dunkel, das so viele Südamerikaner dazu bewegt, das Licht des Fidelismus zu suchen. Die Prinzipien der Reform, der ökonomischen Vielgestaltung und der nationalen Unabhängigkeit leuchten hell in ihren eigenen Ländern. .. Grob ausgedrückt ist ihr Standpunkt der, daß ihr soziales System auf den Kopf gestellt werden muß, damit etwas Ernsthaftes geschehen kann. Die ‚erbeingesessenen Mächte‘ (womit, mit aller gebotenen Vorsicht, die fest verankerten Gruppen von Großgrundbesitzern, Industriellen und gewissen Politikern charakterisiert sein sollen) bilden einen massiven Wall, der allen grundlegenden Reformen im Wege steht. Wenn die Regierungen nicht den Mut oder die Absicht haben, diesen Wall der Privilegien aus dem Wege zu räumen, muß mit seiner gewaltsamen Beseitigung gerechnet werden²⁵⁾.“

23) The Economist, 22. April 1961, S. 325.

24) Ebenda, S. 338.

25) Ebenda, S. 339.